

# Offener Brief zu den Schulschließungen in Hessen

6. April 2020

An den Schulen in Hessen hat seit Mitte März kein regulärer Unterricht mehr stattgefunden. Zusammen mit den Osterferien sind die Schulen so, von der eingerichteten Notbetreuung abgesehen, für mindestens fünf Wochen geschlossen. Ebenso wie in den anderen Bundesländern, soll dadurch der Ausbreitung des Corona-Virus entgegengewirkt werden. Aus der Sicht von Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Pädagoginnen und Pädagogen ist diese Maßnahme zu begrüßen. Denn nach der einhelligen Meinung der Expertinnen und Experten trägt sie entscheidend dazu bei, eine drohende Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Der Schutz der Gesundheit, insbesondere der von Angehörigen der besonders durch das Virus gefährdeten Gruppen, muss höchste Priorität genießen.

Innerhalb kürzester Zeit wurden angesichts dieser unvorhergesehenen Notlage allerorten Wege gesucht und gefunden, das Lernen zu Hause bestmöglich zu gestalten. Dabei konnte man mitunter auf bereits vorhandene Ansätze zum Einsatz digitaler Medien zurückgreifen, zumeist musste aber auf die Schnelle improvisiert werden. Die Verzögerungen und Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung des Digitalpakts kamen so leider besonders zum Tragen. Dennoch haben diese drei Wochen sehr deutlich gezeigt: Digitale Medien können einen wichtigen Beitrag zum erfolgreichen Lernen leisten. Genauso deutlich hat sich aber auch gezeigt, dass noch so gut gemachte digitale Angebote das Lernen im Kontext der Schule keinesfalls ersetzen können. Die unmittelbare Interaktion, das Lernen von den Mitschülerinnen und Mitschülern und nicht zuletzt auch das soziale Miteinander in der Schule lassen sich nicht ersetzen.

Wir begrüßen die Bemühungen von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern und sozialpädagogischen Fachkräften, den Schülerinnen und Schülern das Lernen zu Hause zu ermöglichen. Wir wissen aber, dass die Voraussetzungen dazu in den Familien in sehr unterschiedlichen Maßen gegeben sind. Digitales Lernen erfordert eine gute Ausstattung mit schnellem Internet, Endgeräten und entsprechender, oft kostenpflichtiger Software. Darüber hinaus müssen gerade auch die Schülerinnen und Schüler, denen das Lernen schwerer fällt, dabei angeleitet und unterstützt werden. Diese anspruchsvolle Aufgabe können Eltern, auch bei gutem Willen, nicht im vollen Umfang leisten. Dies gilt insbesondere in dieser Zeit, in der auch viele Eltern belastet sind: Durch Sorgen bezüglich der Gesundheit von Angehörigen und Freunden, oder auch durch existenzielle Sorgen um den Arbeitsplatz und das finanzielle Auskommen. Hinzu kommen Probleme, die sich aus den Einschränkungen des täglichen Lebens und den Anforderungen der Arbeit im Home-Office ergeben. Die wichtigste Aufgabe für Eltern ist in diesen Tagen ohnehin nicht die Vermittlung von schulischen Inhalten, sondern die Sorge um das Wohlergehen der Kinder, denn die Folgen der Pandemie schlagen sich selbstverständlich auch in Form von Ängsten und Verunsicherungen bei diesen nieder.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht absehbar, ob der Schulbetrieb nach dem Ende der Osterferien wieder anlaufen kann. Diese Entscheidung soll im Verlauf der kommenden Tage getroffen werden. Sie wird davon abhängen, ob es gelungen ist, die Ausbreitung des Virus entscheidend zu verlangsamen. Aber unabhängig von dem Zeitpunkt, ist ohne Zweifel damit zu rechnen, dass keine unmittelbare Rückkehr zu dem Schulbetrieb möglich sein wird, wie wir ihn vor der Corona-Krise kannten. Daher möchten wir hier drei zentrale Anforderungen aufzeigen, die nach unserer gemeinsamen Meinung dabei berücksichtigt werden müssen:

1. Strenge Hygienemaßnahmen werden noch für lange Zeit fest in den Schulalltag integriert werden müssen. Dazu gehören beispielsweise das regelmäßige Händewaschen und eine deutlich intensivierte Reinigung der Räumlichkeiten. Leider handelt es sich beim allgemeinen baulichen Zustand der Schulgebäude, insbesondere auch hinsichtlich der Sanitäreinrichtungen, wie bei den Frequenzen der Reinigung an vielen Schulen schon lange um ein leidiges Thema. Daher muss die Zeit bis zur

Wiedereröffnung der Schulen nun genutzt werden, um alle kurzfristig möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der hygienischen Rahmenbedingungen zu ergreifen: Die Versorgung mit Seife, Desinfektionsmittel und Einmal-Handtüchern muss sichergestellt sein, ebenso eine tägliche und gründliche Reinigung aller Unterrichtsräume. Die vielerorts fehlenden Waschbecken und Warmwasseranschlüsse müssen umgehend eingerichtet werden. Hierbei sind insbesondere die Schulträger zu schnellstmöglichem Handeln aufgefordert. Das Land muss seinerseits in Zusammenarbeit mit Gesundheitsexpertinnen und -experten eine praktikable Handreichung entwickeln, welche Maßnahmen im Schulalltag zu berücksichtigen sind.

2. Da das Lernen zu Hause den Unterricht in der Schule nicht ersetzen kann, muss sichergestellt werden, dass nun keine Schülerin und kein Schüler zurückgelassen wird. Die ohnehin bestehende soziale Spaltung beim Bildungserfolg darf sich durch die Corona-Krise nicht noch weiter vergrößern. Das bedeutet in unseren Augen, dass ausschließlich in der Zeit der Schulschließung behandelte Inhalte keinesfalls zum Gegenstand von Leistungsbewertungen oder gar Abschlussprüfungen gemacht werden dürfen. Allen muss die Möglichkeit gegeben werden, die zu Hause bearbeiteten Inhalte in der Schule nachzubereiten und offen gebliebene Fragen zu klären. Darüber hinaus muss auch die Gelegenheit geschaffen werden, die von den Schülerinnen und Schülern gemachten Erfahrungen in dieser Krisensituation im Klassenkontext aufzubereiten. Die Pädagoginnen und Pädagogen werden sich dieser Aufgabe stellen, das Kultusministerium muss dazu bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen. Um dies zu ermöglichen, müssen die Schulen an anderen Stellen entlastet werden, etwa durch das Aussetzen von Lernstandserhebungen. Den Schulen muss ermöglicht werden, mit dem Unterricht wieder schrittweise zu beginnen, auch mit Kleingruppen. Ziel des Schulbetriebs sollte es zunächst sein, gemeinsam das bisherige Lernen zu Hause auszuwerten und positive Momente auch in Form neuer Arbeitsformen für den regulären Unterricht zu nutzen und zu sichern.
3. Die nun ad hoc entstandenen Lösungen zum Einsatz digitaler Medien können einen sorgfältig konzeptionierten und ausfinanzierten digitalen Ausbau der Schulen nicht ersetzen. Wenn regulär mit digitalen Medien gearbeitet werden soll, dann sind diese im Rahmen der Lernmittelfreiheit vom Land zu stellen. Das betrifft neben der Ausstattung mit Hard- und Software auch eine professionelle Systemadministration. Da es bislang aber an einem gut ausgebauten öffentlichen Angebot mangelt, wurde nun vielerorts auf kommerzielle Anbieter zurückgegriffen. Dies darf keinesfalls zum Dauerzustand werden, denn bei vielen ist weder der vollumfängliche Datenschutz noch der Schutz der Schülerinnen und Schüler vor – nach dem Hessischen Schulgesetz unzulässiger – Werbung sichergestellt. Bei zunächst kostenfreien kommerziellen Angeboten werden Eltern und Schülerinnen und Schüler zudem oft zu kostenpflichtigen In-App-Käufen verleitet. Daher sollten die nun gemachten Erfahrungen zum Anlass genommen werden, den Ausbau der öffentlichen digitalen Bildungsinfrastruktur weiter zu forcieren.

Wir stehen angesichts der Pandemie vor großen Herausforderungen, in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen wie auch im Bildungssystem. Wir stehen gemeinsam für einen Dialog mit den Verantwortlichen in der Bildungspolitik bereit, zu den hier erhobenen Forderungen ebenso wie auch zu allen anderen damit zusammenhängenden Fragen.

**Lou-Marleen Appuhn**  
**Paul Harder**  
**Piet Henrik Pohlmann**

**Korhan Ekinci**

**Birgit Koch**  
**Maike Wiedwald**

Geschäftsführender Vorstand  
Landesschüler\*innen-  
vertretung Hessen

Vorsitzender  
Landeselternbeirat von Hessen

Vorsitzende  
GEW Hessen